

## **SVP INTERNATIONAL**

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: [info@svp-international.ch](mailto:info@svp-international.ch)

Internet: <http://www.svp-international.ch>



# Newsletter SVP International

Ausgabe vom Juni 2009

## **Die SVP International und der Auslandschweizerrat (ASR)**

---

In den letzten Monaten fanden auf der ganzen Welt die Wahlen zum Auslandschweizerrat (ASR) statt. Es freut mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass ich (zum sechsten Mal) als Vertreter der Auslandschweizer für die Region Südliches Afrika wiedergewählt worden bin. Äusserst erfreulich ist auch die Tatsache, dass auch unser Vizepräsident Peter Simon Kaul als Vertreter der Schweizer in Deutschland bestätigt wurde.

Mein Ziel ist es, in meiner nächsten Amtszeit wieder mit gesundem Menschenverstand zu argumentieren und nicht alles was der Vorstand des ASR zusammen mit dem Bundesrat beschlossen hat, einfach zu übernehmen. Doch leider hat der ASR-Vorstand schon vor langer Zeit herausgefunden, wie man in diesem überalterten „Plauderi-Club“ seinen vorbereiteten Stand durchsetzt. Anträge und abweichende Ansichten von einfachen Ratsmitgliedern sind daher meist schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dies hat sicherlich auch mit der krassen Untervertretung der SVP im ASR-Vorstand zu tun, wo kein einziger Vertreter unserer Partei einsitzt. Die Nomination von Nationalrat Hans Kaufmann im April 2008 wurde durch eine Anti-SVP-Aufhetzung schliesslich verhindert. Die anhaltende Verfilzung innerhalb des ASR-Vorstands hatte damit ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Doch es wird

sicherlich nicht der letzte bleiben. Der grenzenlose Gehorsam des Vorstands und des ihm hörig folgenden gesamten ASR gegenüber den Geldgebern (Bundesrat, sprich: EDA) führt leider immer öfters dazu, dass Bundesratsvorlagen kritiklos durchgewinkt werden. Anstatt politisch einen eigenen Weg zu gehen, wird der ASR immer mehr als Sprachrohr des Bundesrates missbraucht. Diese mit Bundesgeldern finanzierte Instrumentalisierung der Auslandschweizer für Abstimmungskämpfe (letztes Beispiel: die Abstimmung zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit im Februar) ist überaus störend und sollte endlich

Nachdem das Budget für die Swiss Revue um 500'000.- CHF gekürzt wurde, würde es gut tun, wenn das Parlament auch eine drastische Kürzung des Budgets der Auslandschweizer-Organisation (ASO) durchsetzen könnte. Diese Kürzung würde sicher die einseitige Propaganda schmälern und die ASO könnte sich wieder auf ihre wirkliche Aufgabe konzentrieren: die Anliegen der Auslandschweizer aufnehmen, anstelle jener des Bundesrates.

**Rolf B. Schudel**, Johannesburg (SA)  
Präsident SVP International

## **Nationalrat lehnt Postulat für Auslandschweizer ab**

---

Nationalrat **Hans Kaufmann, Vorstandsmitglied der SVP International**, hatte im Oktober 2007 einen Vorstoss eingereicht, welcher vorschlägt, dass die Gewinnausschüttungen der Schweizer Nationalbank zugunsten der Auslandschweizer gehen würden.

Im April 2009 hat der Nationalrat dieses Postulat nun abgelehnt.

### **Wortlaut des von Hans Kaufmann eingereichten Postulats:**

*07.3732 – Postulat*

#### **SNB-Gewinnausschüttung zugunsten der Auslandschweizer**

eingereicht am 5.10.2007

vom Nationalrat abgelehnt am 30.4.2009

---

#### ***Eingereichter Text***

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzgeberischen Möglichkeiten zu prüfen und darüber Bericht abzulegen, ob der Schlüssel der Gewinnverteilung der SNB-Gewinne in Bezug auf die Pro-Kopf-Ausschüttung auf die Auslandschweizer und -schweizerinnen ausgeweitet werden könnte. Diese Mittel sollen für generelle Anliegen der Auslandschweizer wie z. B. die Auslandschweizerschulen eingesetzt werden.

#### ***Begründung***

Die Auslandschweizerschulen müssen einen Anteil von mindestens 20 Prozent an Schülern mit Schweizer Nationalität aufweisen. Sie dienen nicht nur den Auslandschweizern als Ausbildungs- und Begegnungsstätte, sondern sie sind auch ein sinnvoller Beitrag für die Kulturvermittlung und zur Entwicklungshilfe. Die Finanzierung der Auslandschweizerschulen ist nur noch teilweise gesichert, und es fehlt insbesondere Geld für einen Aufbau von neuen Schweizer Schulen in wichtigen Ländern wie China, Indien und Russland, wo vermehrt Schweizer mit ihren Familien, oft zeitlich befristet, beruflich tätig sind. Um die Finanzierung der Schweizer Schulen oder ähnlicher genereller Anliegen der Auslandschweizer im Ausland zu finanzie-

ren, sollte die Pro-Kopf-Ausschüttung von SNB-Gewinnen nicht nur den Einwohnern der Schweiz, sondern auch den Auslandschweizern zugutekommen. Eine Pro-Kopf-Ausschüttung von 10 bis 20 Franken würde bereits ausreichen, die sich abzeichnenden Finanzierungsengpässe der Auslandschweizerschulen zu bewältigen.

### **Gesundheit: Wohin steuern wir?**

---

Die Krankenkassen haben uns vorgewarnt: Die Prämien werden in den kommenden Jahren massiv steigen. Die Grundversicherung wird als Folge der letzten Abstimmung mit neuen Leistungen, die sie vergüten muss, überhäuft werden. Bestimmte sanfte Therapien, deren Wirksamkeit nicht immer wissenschaftlich bewiesen ist, werden die Schlussabrechnung in ungeahnte Höhen schnellen lassen! Das verheisst nichts Gutes!

Gefahr für unsere Gesundheitskosten droht aber nicht nur von Seiten der zahlreichen Therapeuten mit seltsamen Diplomen. Die bittere Medizin, die uns unser Bundesrat verabreichen will, ist ebenso schädlich wie die blinde Vergütung der Parallelmedizin!

Die Taxe von 30 CHF, die für jede Konsultation bezahlt werden soll, schießt über das Ziel hinaus. Sollen die Kranken davon abgehalten werden, zum Arzt zu gehen, damit unsere Gesundheitskosten wieder ins Lot geraten? Diese unwürdige Taxe wird nur die am wenigsten begünstigten Mitbürger treffen, die Arbeiter, die Handwerker und die Alleinerziehenden und ihre Kinder. Sie ist ausserdem nicht nur unsozial, sondern auch äusserst kostspielig. Damit das Geld eingezogen werden kann, müssen neue Mitarbeitende eingestellt, die Informatik ausgebaut und eine zusätzliche Administration geschaffen werden! Und diese wird am Schluss mehr kosten als sie einbringt...

Und wer soll das System der telefonischen Vor-Diagnose bezahlen? Wir alle, denn die Krankenkassen müssen es doch irgendwie auf die Versicherten überwälzen. Noch beunruhigender ist die Frage, wer am andern Ende der Telefonleitung sitzen wird. Ärzte? Studenten? Pflegefachpersonen? Wie soll eine Diagnose garantiert werden, wenn sie nicht von einem ausge-

wiesenen Praktiker stammt? Wird man Ärzte aus Osteuropa, der Türkei oder Iran kommen lassen müssen, um Anrufe in einer Sprache zu beantworten, die nicht die ihre ist?

Effizienter wäre es, die ambulanten Behandlungsstrukturen auszubauen, die bereits bestehenden Synergien zwischen den Gesundheitsnetzen zu verstärken und kostspielige Apparaturen gemeinsam anzuschaffen.

Der Notfallmedizin ist es gelungen, sich mit Erfolg zu reformieren.

Die Allgemeinmedizin muss selbst die Mittel finden, um ihre Tarife zu senken, ohne dass der Zugang zu medizinischen Leistungen für alle in Frage gestellt wird.

Dies hat im Dialog mit den Krankenkassen zu geschehen. Gefördert werden müssen auch die Patienteninformation und die Vorsorge.

Will man wirklich ein effizientes und leistungsfähiges schweizerisches Gesundheitssystem aufrechterhalten?

Seit einiger Zeit werden unsere Mitbürger in Inseraten aufgefordert, sich in Bulgarien behandelt zu lassen. Die Behandlung der Zähne oder der Augen soll angeblich 70% billiger sein. Wie soll das medizinisch oder juristisch garantiert werden? Wie soll man sich in einem solchen System die Nachbehandlung nach einer Operation vorstellen? Wie soll man sich in Institutionen, die niemand seriös kontrolliert, vor Schädigung, Hochstapelei oder Betrug schützen?

**Behalten wir die Füsse auf dem Boden. Die Wundermittel unseres hohen Magistraten sind unbrauchbar.**

**Eine nachhaltige Lösung für die Zukunft unseres Gesundheitswesens können nur die Information und der Dialog zwischen den Partnern im Gesundheitswesen bringen.**

**André Reymond**, Nationalrat  
SVP International Vorstandsmitglied

## **Schweiz wohin? Wahrnehmung eines Auslandschweizers**

---

**Aufgrund verschiedener Arbeitsaufenthalte Ende Mai 2009 in Lausanne, Bern, Zürich, Winterthur, und Chur erlebt man die heutige Schweiz als mutlos, inkonsequent und als drückebergerische Gesellschaft, die in selbstbetrügerischer Genügsamkeit ihr Verhältnis zu Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, und Ordentlichkeit völlig aufgegeben hat.**

Rückblickend auf die Volksbefragungen von nationalem Interesse wie Schengen/Dublin, EU-Personenfreizügigkeit, Osthilfegesetz (Kohäsionsmilliarde), Ausdehnung Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien, unkontrollierte Einwanderung oder Asylschlendrian ist der Souverän offensichtlich nicht mehr fähig die Folgen für unser Land abzuwägen.

In Lausanne, anlässlich einer Besichtigung der neuen Metro, Ouchy/Epalinges, begegnet man in den 14 Zwischenstationen, wie auch an der Endstation Ouchy, im Stadtzentrum auf unzählige Angehörige aus Schwarz- und Nordafrika, aus dem Vorderen Orient und allgemein viele schwarz verummte Gestalten. Entlang der See-Promenade trifft man auf herumlungernde „Gäste“, welchen der Status „Tourist“ eindeutig nicht zusteht. Die Dealer-Banden besetzen Ruheplätze, lärmen laut, hinterlassen haufenweise stinkender Abfall und menschliche Ausscheidungen.

Bern präsentiert sich vordergründig erhaben und würdevoll als Bundeshauptstadt. Indessen in der Altstadt verändert sich der positive Eindruck schlagartig in Abneigung und Scham. Der Stadtbesucher wird durch hautnahe Nötigung und Pöbelei aggressiver Bettler enorm belästigt. Gleichfalls Unbehagen, wie in der West-Schweiz, erregen die herumlungernenden Schwarzafrikaner, Maghrebi und Ost-Europäer. Einer Bundes-Hauptstadt absolut unwürdig!

Zürich, Touristikzentrum, Kongress-Stadt und Finanzplatz der Schweiz hat ihre Identität aufgrund der masslosen Einwanderer aus Deutschland verloren.

Winterthur, die Gartenstadt, hat in den letzten Jahren eine farbige Entwicklung erfahren. In der Altstadt herrscht grosses Gedränge ausländischer Menschen jeglichen Couleurs. In Kampfmontur patrouilliert die Stadtpolizei schwer bewaffnet im Stadtzentrum, am Bahnhof, in Einkaufsstrassen und in Parkanlagen, damit sich die geängstigten Bürger noch trauen, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Chur ist, wie die übrige Schweiz, enorm belastet aufgrund übermässiger Zuwanderung von Nicht-Europäern.

In der Unterhaltung mit Freunden, Bekannten, wie auch im Gespräch mit Geschäftspartnern zu obengenannter Situation äussern sich die Angesprochenen nahezu einstimmig, dass die seit Jahren leidige Situation als unerträglich wahrgenommen wird. Unisono wird bekräftigt, die unkontrollierte Einwanderung, der Asylmissbrauch und die Ausländerkriminalität müssten dringend gestoppt werden. Glaubhaft wird argumentiert, dass ihnen die Wichtigkeit der Eingangs erwähnten Volksabstimmungen sehr bewusst war, besonders die Befragung zur Personenfreizügigkeit Schweiz-EU. Warum, fragt man sich dann, hat der Souverän dies bei genannten Volksabstimmungen nicht zum Ausdruck gebracht?! Sind die Schweizer nicht mehr fähig im Interesse ihres Landes ohne fremde Hilfe eine Wahl zu treffen? Oder ist der Souverän derart obrigkeitshörig und willig, dem Bundesrat blind zu folgen, wenn dieser im Vorfeld von Volksbefragungen mit Amtsautorität landauf und landab auf das Volk eindrescht? Ist die heutige Generation Opfer derjenigen Kreise geworden, die aus Geldgier mit bewusst falschen Argumenten und Hinterhältigkeit die Stimmbürger auf die falsche Fährte locken?

**Es ist höchste Zeit, dass der Bürger endlich die miese Lage der Schweiz erkennt und dies in Volksabstimmungen auch kundtut.**

**Viktor Nell**, L'Ampolla (Spanien)  
SVP International Mitglied

## **Die Zustände im BFM**

---

Die Medien müssten, wenn sie ihre Aufgaben wahrnehmen wollten, vermehrt ein Augenmerk auf das Departement von Frau Widmer-Schlumpf werfen. Da dies bekannterweise aus politischen Gründen nicht oder nur mangelhaft geschieht, muss man davon ausgehen, dass kein Wille zur Transparenz besteht. Dies wäre aber eigentlich angebracht, da die anstehenden Aufgaben insbesondere für das Bundesamt für Migration in Zukunft von höchster Wichtigkeit sind.

In der Ausländerproblematik und bei der Asyldebatte sind klare Ziele und entsprechende Informierung der Öffentlichkeit angebracht. Seit 2008 wird jedoch versucht, vieles zu verschweigen und zuweilen sogar bewusst getäuscht. In diesem Zusammenhang muss man auch den mit Notrecht durchgezwängten Kredit in der Höhe von 24 Mio. CHF für die nationale Datenbank VIS sehen. Hierbei handelt es sich um das Nachfolgeprogramm von Vision, welches im Rahmen des operativen Beitritts der Schweiz zum Schengen-Verband eingeführt worden ist. Diese neue Datenbank hat im Vorfeld departementsinternen zu grossen Diskussionen Anlass gegeben. Wie bereits beim alten und noch benutzten Programm, welches völlig überstürzt und ohne Testphase eingeführt worden ist und deshalb auch zu grossen technischen Pannen geführt hat, wird das neue, noch gar nicht vorhandene, Programm denselben Irrweg gehen.

Der von Bundesrätin Widmer-Schlumpf durchgezwängte Kredit ist Augenwischerei, da die effektiven Kosten sowie die Folgekosten weitaus höher sind als die angegebenen 24 Mio. CHF. Diese Falschangabe dient lediglich zur Beruhigung des Mitte-Links-Parlamentes. Departementsinterne Kritiker werden zum Schweigen gebracht, indem man sie wegbefördert oder kaltstellt. In diesem Zusammenhang muss man auch die kürzlich erfolgte Versetzung des ehemaligen Amtsdirektors sowie die Degradierung seines Stellvertreters sehen. Die Rechnung zahlt schlussendlich und einmal mehr der Steuerzahler.

**Beat Schmied**, Thailand  
SVP International Mitglied

## Die Eingabe der Einhundert

---

Geschichte wiederholt sich nicht. Oder allenfalls als Farce. Die unsägliche Eingabe der Zweihundert aus dem Kriegsjahr 1940 forderte die geistige Anpassung der Eidgenossenschaft an die braunen Neuordner Europas. Die staatliche Souveränität und die Neutralität der Schweiz sollten aber bewahrt bleiben.

Den Anpassern von heute geht das nicht weit genug. Sie fordern die ganze Auslieferung unseres Landes an die Neuordner Europas.

Mit einer Eingabe soll der Bundesrat unter Druck gesetzt werden, hierbei mehr Tempo vorzulegen. Die Eingabe trägt den Rechtstitel Postulat. Seine Verfasserin ist die Burgdorfer FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. Sie präsidiert die *Neue Europäische Bewegung Schweiz* (nebs). Von dieser Zusammenrottung von EU-Turbos ist nur bekannt, dass ihre Mitgliederzahl unbekannt und ihre Finanzquellen geheim sind. Nationalrätin Markwalder hat 100 weitere Kolleginnen und Kollegen ihrer Parlamentskammer zu einer Unterschrift unter ihr Postulat bewegen können. Das entspricht dem absoluten Mehr. Das ist der absolute Hammer. Die heimatmüden Unterzeichner stammen aus allen Parteien - mit Ausnahme der SVP.

Die Namen der Unterzeichner dieser Eingabe wird man sich merken müssen. Wie anno dazumal.

**Heinz Moll, Prag (CZ)**  
SVP International Mitglied

## Der Beweis der 27

---

Vom 4. bis 7. Juni 2009 haben die Europäer für 5 lange Jahre ihre Abgeordneten ins Parlament gewählt. Die Stimmenthaltung betrug – eine bittere Feststellung für die Demokratie ganz allgemein – 56,45%. Die Völker der 27 haben dem überdimensionierten europäischen "Schwatzklub" und seinen manchmal stark umstrittenen Beschlüssen ihr Misstrauen ausgedrückt. Von der Presse unseres Landes wurden die Ergebnisse mit Spannung erwartet. Angesichts des Resultats, des Misstrauens und des Desinteresses an der europäischen Frage müssen wir Schweizer uns

aber fragen, ob wir die gleiche Enttäuschung erleben wollen. Wir wissen, dass der Bundesrat unbedingt will, dass wir diesem zerstörerischen Kreis, der unsere höchsten Werte gefährdet, beitreten. Zögen wir nicht, uns zu mobilisieren, um eine bittere Desillusionierung und vor allem eine Flucht nach vorn ohne Möglichkeit der Umkehr zu verhindern. Wenn wir uns vor Augen halten, dass sogar die Stimmbürger der jüngsten Mitglieder der Urne ferngeblieben sind, während die Union Milliarden von Euros ausgegeben hat, um die Entwicklung dieser Staaten zu fördern, wenn wir die **Richtlinien und die Quoten sehen, der Umgang mit der Immigration und schliesslich – das Wichtigste – die Vereinheitlichung der Gesetze, ohne dass der Vergangenheit und den Werten der betroffenen Länder Rechnung getragen wird**, sagen wir **NEIN** zu diesem technokratischen Europa! Ich tue es.

**Pierre Vogel, Rosny sur Seine (F)**  
SVP International Mitglied

## Termine:

---

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz 2009 werden an folgenden Daten stattfinden:

**22. August 2009 in Chur (GR)**

**3. Oktober 2009 in Genf**

**31. Oktober 2009 Sonderparteitag in LU**

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

Vom **7. – 9. August 2009 findet in Luzern** der von der ASO organisierte **Auslandschweizer-Kongress** statt, bei welchem die SVP wieder mit einem Stand präsent sein wird.

Indessen Rahmen wird am **Freitag 7. August 2009 um 19:30 Uhr die Generalversammlung der SVP International** abgehalten. Eine detaillierte Einladung mit Anmelde-möglichkeit liegt dem Newsletter bei. Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen und bitten Sie um möglichst baldige Anmeldung.